



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834 - 33
Fernschreiber 0896890

P/XIII/288 - 18. Dezember 1955

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Paradox Genf - Paris Auf der Suche nach Entspannungsmöglichkeiten - Militärische Planspiele	50
2	Wirtschaftspolitik - Sprengstoff für de Gaulle Von unserem Korrespondenten Georg Scheuer, Paris	52
3 - 4	Deutsche Kriegsfilme unerwünscht Scharfe Kritik an "Der Arzt von Stalingrad"	74
5 - 6	Erabantenstädte sollen Wohnungsnot mindern Der Zug zu den Großstädten	90
7	Klares Nein zur Atomrüstung; Bezeichnendes Abstimmungsergebnis in zwei Schachtanlagen	36

* * * * *
* * * * *

Paradox Genf - Paris

sp - Unzweifelhaft sind auf der Genfer Ost-West-Konferenz über das Verbot von Kernwaffenversuchen in dieser Woche Fortschritte erzielt worden. Die Atomkräfte USA, Großbritannien und die Sowjetunion einigten sich über die Zusammensetzung eines Kontrollausschusses, was gleichbedeutend mit der grundsätzlichen Anerkennung eines internationalen Kontrollsystems zur Überwachung von Kernwaffenversuchen ist. Offen bleibt im Augenblick die Frage, ob dieser Ausschuss nach dem einfachen Mehrheitsprinzip oder nach dem Einstimmigkeitsprinzip arbeiten soll. Es ist kaum anzunehmen, daß hierüber noch vor Jahreschluß eine Einigung erzielt werden kann. Im Januar wird die Konferenz fortgesetzt.

Trotzdem ist das bisher bekanntgewordene Ergebnis dieser äußerst komplizierten Genfer Verhandlungen erfreulich. Es zeigt das unverminderte Interesse beider Seiten, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen und Lösungen zu suchen, die das Gespenst eines Atomkrieges bannen könnten. In Genf wurde ferner deutlich, daß als entscheidendes Problem im Ost-West-Verhältnis nicht die gegenseitige Aufrechterhaltung von Divisionen und Raketenaberschußbasen gilt, sondern das zähe Bemühen um eine Politik der Entspannung. Da man auch auf der zweiten Genfer Konferenz, die dem Studium der Verhinderung von Überraschungsangriffen gewidmet ist, "am Mann" bleibt, scheinen die Chancen für die Fortsetzung des Ost-West-Gesprächs nicht allzu schlecht zu sein.

Ganz andere Nachrichten kommen aus Paris, wo die Verteidigungsminister der Atlantikpakt-Staaten jetzt das Wort hatten. Ihre Entschlüsse wirken im Verhältnis zu dem bisherigen Ergebnis der Genfer Verhandlungen paradox. In Paris hat man - wenigstens im zweiten Teil der Konferenzserie - Pläne mit der Aufrechterhaltung von Divisionen und Raketenaberschußbasen aufgeführt. Feierlich versicherte man sich gegenseitig, das "Potential" so schnell wie möglich zu vergrößern, ohne hierbei das Politikum der Genfer Verhandlungen in Rechnung zu stellen. Man demonstrierte also wieder einmal Stärke, konnte aber nicht verhindern, daß entscheidende Partner auf dem militärischen Experimentierfeld in Europa - zum Beispiel Frankreich - dem Plansoll Horsteds eine recht kalte Schulter zeigten. Frankreich behauptet, der Algerien-Krieg sei ein Bestandteil der atlantischen Verteidigungsbestrebungen, und die Ausgaben hierfür müßten "angerechnet" werden. Die Minister anderer Länder wiesen mit Nachdruck darauf hin, daß die Rüstungsforderungen Horsteds sehr leicht das wirtschaftliche Gefüge mehrerer europäischer Staaten erschüttern könnten. Der Blick der Verhandlungspartner in Paris richtete sich sehr intensiv auf das Wirtschaftswunderland der Bundesrepublik, dem es so gut geht, daß es sich noch einige Rüstungsausgaben leisten könne ...

Der Gegensatz zwischen Genf und Paris ist makaber. Die zahlreichen Vertreter der in Paris versammelten Weststaaten versicherten in privaten Gesprächen mit Journalisten immer wieder, daß die Probleme Europas nicht mehr mit ausschließlich militärischen Mitteln gelöst werden könnten. Mehr als einmal wurde bei derartigen Gesprächen auf Genf verwiesen und angedeutet, daß dort wichtigere Entscheidungen getroffen werden als in Paris. So erfreulich die Geschlossenheit des Westens bei der Abwehr der Moskauer Berlin-Vorschläge war, so paradox wirkt das zweite Kapitel der Pariser NATO-Aufführung, bei der man schmerzlich die Geburt neuer Ideen vermißt.

Wirtschaftspolitik - Sprengstoff für de Gaulle

Von unserem Pariser Korrespondenten Georg Scheuer

Zu einem scharfen Briefwechsel kam es in der vorigen Woche zwischen General de Gaulle und dem Präsidenten des französischen Studentenverbandes - er heißt Danton, wie der geköpfte Chef der Großen Französischen Revolution, dessen Denkmal im Pariser Quartier Latin steht. Zehntausende Studenten demonstrierten in ganz Frankreich für die Gewährung von Krediten, gegen den Mangel an Schulgebäuden und Lehrmitteln. De Gaulle antwortete nun dem Sprecher des Studentenverbandes, er könne seine kritischen Bemerkungen nicht akzeptieren und müsse darauf hinweisen, daß Demonstrationen an den wirtschaftlichen Möglichkeiten Frankreichs nichts ändern können. Mehrere Lehrgewerkschaften haben sich der Studentenbewegung angeschlossen. Es muß hier unterstrichen werden, daß solchen Bewegungen in dem gegenwärtigen System, in dem die Möglichkeit einer Aktion auf parlamentarischer Ebene stark eingeschränkt ist, weitaus größere Bedeutung zukommt, als in der Vierten Republik.

Dieser Zwischenfall illustriert die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen um den Haushaltsplan für das kommende Jahr: einerseits fordert Finanzminister Pinay - mit de Gaulles Billigung - Austerität und Deflation, andererseits verlangen die Wirtschaftspolitiker der gaullistischen UMR, der Bankier Chalandon, der frühere Handelsminister Lemaire und auch der gegenwärtige Handelsminister Ramonet (MRP) Expansion und sogar eine gewisse Inflation.

Die Produktionsziffer ist in Frankreich von April bis Oktober um zwei bis drei Prozent zurückgegangen und geht weiter zurück. Die Kaufkraft der Lohnempfänger sinkt. Der Verkauf von lebenswichtigen Gütern ist in diesem Jahr im Vergleich zum Vorjahr um 4,7 Prozent gefallen, insbesondere für Lebensmittel (3,4 Prozent), Kunstwaren (9,7 Prozent) - die Preise dieser Lebensmittel stiegen in der gleichen Zeit um 26,5 und 19,1 Prozent -, für Möbel (7,7 Prozent), Textilien (4 Prozent) und Schuhe (3 Prozent).

Die konservativen, rechtsunabhängigen Wirtschaftspolitiker wollen nur eine "gewisse" Arbeitslosigkeit als "Garantie" gegen Lohnforderungen aufrechterhalten. Pinays Ratgeber ist dabei niemand anders als Jacques Rueff, der schon 1935, am Vorabend der Volksfrontbewegung, die Deflationpolitik der Regierung Laval in die Wege leitete. Diese unheilvolle Erinnerung ist auch jetzt wieder das Hauptargument einer bürgerlichen Opposition - vor allem innerhalb der UMR - die Expansion fördert: gründliche Entwicklung der Erdölvorkommen in der Sahara, Gewährung von Krediten, beschleunigter Wohnungsbau mit rationellen, verbilligten Methoden, durch welche mindestens 300 000 Wohnungen jährlich gebaut werden sollen.

Es scheint, daß die Wirtschaftspolitik des rechtsunabhängigen Finanzministers Pinay sich vorläufig mit Billigung de Gaulles durchsetzen wird und daß somit die beginnende Fastenzeit und sogar eine gewisse Rationierung von Lebensmitteln auf das Konto der Rechtsunabhängigen geschrieben werden können, während sich die eigentlichen Gaullisten schlauerweise in wirtschaftspolitischer Opposition halten. Auf diese Weise kann dann in einer weiteren Periode, wenn die Massenunzufriedenheit mit den sozialen Folgen der konservativen Wirtschaftspolitik zum Durchbruch kommt, Pinay gepefht und durch einen "arbeiterfreundlichen" Gaullisten ersetzt werden, der dann den Nebel in inflationistische Richtung reißt. Chalandon und Lemaire sind jetzt schon Kandidaten.

Deutsche Kriegsfilme unerwünscht

Aus Schweden wird uns geschrieben:

"In Skandinavien häufen sich die Klagen über den Massenimport von Kriegsfilmen aus der Bundesrepublik. Das Thema ist vor allem in Schweden ständiger Diskussionsstoff geworden, neuerdings forderte man sogar eine gewisse beschränkte Kontrolle der aus Westdeutschland eingeführten Filme. Das Problem entstand dadurch, daß Schweden in letzter Zeit wieder versucht, einen festeren Anschluß an den deutschen Sprach- und Kulturraum zu bekommen. Dänemark und Norwegen, die Länder, die unter der langjährigen deutschen Okkupation gelitten haben, zogen es vor, in der vergangenen Zeit ihren Filmbedarf in erster Linie auf den angelsächsischen Markt zu decken. Schweden dagegen richtete sein Interesse in verstärkter Maße wieder auf Mitteleuropa. Deutsch ist wieder in den Schulen zur zweiten Fremdsprache geworden. Die führenden Buchhandlungen im Lande haben erneut einen imponierenden Buchimport aus der Bundesrepublik; der Absatz deutscher Musik hat sich in dem letzten Jahre mehr als verzehnfacht.

Man stößt auch der bundesdeutsche Film wieder im nördlichen Raum vor, und es zeigte sich recht bald, daß dies kein ungetrübter und reiner Genuß für unser Nachbarvolk im Norden ist. Vor kurzem veröffentlichte eine angesehenes Weekenschrift in Stockholm eine grundsätzliche Kritik an den "Filmmachwerken aus dem Wirtschaftswunderland". Das Blatt konnte sich dabei auf eine Fülle von Leserschriften stützen. Der Kritiker schrieb wörtlich:

"Die neuesten Blüten der bundesdeutschen Zelluloidproduktion schwarz-weißer Machart (Rezept: hier der brave deutsche Landsknecht, tapfer und edel - dort der böse feindliche Untermensch) rufen uns doch recht wunderbarlich an. Die Einseitigkeit der Perspektive in der Mehrzahl dieser westdeutschen Kriegsgilden- und Spionagenfilme von der jüngsten deutschen Vergangenheit dürfte kaum zu überbieten sein. Es scheint uns, als hätten die lieben Deutschen wieder einmal Appetit auf einen Krieg, oder wie sollen wir diesen militanten Zelluloidkult verstehen? Müssen wir wieder einmal vor der neuen 'Macout' in Mitteleuropa auf der Hut sein? Wir dürfen daran erinnern, daß die Bundesrepublik Deutschland in wenigen Jahren auch Rußland die stärkste kontinentale Macht sein wird".

Anlaß dieser bitterbösen Kritik war übrigens der Film "Der Arzt von Stalingrad". Der gleiche Streifen wurde nach einer Prozeßverföhrung in Helsinki von der finnischen freiwilligen Selbstkontrolle kurzfristig vor allen Spielplänen des Landes abgesetzt. Die Zeitungen aller politi-

schen Richtungen waren sich im Urteil weitgehend einig: "Wir betrachten diesen Film als eine Zumutung, als eine Provokation gegenüber unserem Nachbarland Rußland".

Es ist dies übrigens kein Einzelfall. Derzeit laufen neben dem ständigen Überangebot amerikanischer Heldengeschichten auf Breitleinwand in Stockholm nicht weniger als fünf westdeutsche Filme, die sich zum größten Teil auf höchst unsachliche und einseitige Art und Weise mit der jüngsten deutschen Vergangenheit beschäftigen. Man ist im Ausland natürlich sehr hellhörig und kritisch gegenüber diesen Erscheinungen. Es hat in Dänemark und Norwegen Dutzende von Konzentrationslagern in der Hitler-Zeit gegeben. Tausende und Tausende haben auf grausame Art ihre nächsten Angehörigen verloren. Und über die Grenzen des neutralen Schwedens strömten in dieser Zeit unabsehbare Scharen verfolgter und gejagter Menschen. Das dies alles nicht vergessen ist, zeigen immer wieder die Reaktionen des dänischen und norwegischen Volkes. Noch immer darf kein westdeutscher NATO-Offizier norwegischen Boden betreten, ohne daß massive Proteste der Bevölkerung ertönen. Vor einem Jahr empfingen die Studenten der Osloer Universität westdeutsche Militärs mit Steinwürfen und Schimpfworten. Erst kürzlich mußte der Oberbefehlshaber des NATO-Bereichs Nord, Generalleutnant Sir Murray, der norwegischen Öffentlichkeit versichern, keinen bundesdeutschen Offizier in seinen Stab in Kolås bei Oslo aufzunehmen. Tausende von Emigranten sind noch immer im Land, von den vertriebenen Sozialdemokraten aus der Tschechoslowakei bis zu den am Leben gebliebenen Konzentrationslagerinsassen von Auschwitz und Buchenwald. Die Jahre von 1933 bis 1945 können hier nicht vergessen werden. Das massive Waffengeräusch des Bundesministers für Verteidigung tut ein übriges. Dem aufmerksamen Beobachter im Lande kann es nicht verborgen bleiben, daß man in Oslo und Kopenhagen vorerst eher Furcht hat vor dem starken NATO-Partner auf dem Kontinent, als daß man darüber beruhigt wäre.

Ob solche Stimmen und das Verbot von deutschen Kriegsfilmen in Helsinki wohl von den zuständigen deutschen Stellen gehört werden? Als Deutscher im Ausland, der aus unzähligen Beobachtungen und Gesprächen weiß, wie viel es noch und täglich "wiedergutzumachen" gilt, möchte man es sich wirklich von Herzen wünschen."

Trabantenstädte sollen Wohnungsnot lindern

Die westdeutschen Großstädte werden die Wohnungsnot mit den bisher üblichen Mitteln nie überwinden. Wie groß auch immer die Zahl der jährlich neu errichteten Wohnungen sein möge - die Zuwanderung von außerhalb läßt diese Leistungen nicht wirksam werden. Wie eine langsam wachsende Lawine wird der Wohnungsbedürfnis Jahr für Jahr weitergewälzt. Ursache dieser atemberaubenden Entwicklung ist die im Grundgesetz verankerte Freizügigkeit für alle Bundesbürger. Jeder kann sich dort niederlassen, wo es ihm am besten gefällt. Einem Magnet gleich ziehen wenige Großstädte jährlich Zehntausende von Menschen an. "Sollen wir das einfach hinnehmen?", fragte kürzlich der Bundeswohnungsbauminister Paul Lücke in München. Er sieht nur einen Weg, um auf die Dauer dem endlos scheinenden Wachstum der Städte Einhalt zu gebieten. Sein Rezept heißt: Trabantenstädte. Ist diese Parole wirklich ein Allheilmittel gegen die Wohnungsnot? Und läßt sie sich überhaupt verwirklichen?

Gleicher Name - verschiedene Vorstellungen

Die Nürnberger haben den ersten Spatenstich an ihrem "Satelliten" schon hinter sich. Im Großraum Hannover denkt man sogar an eine ganze Kette von Trabanten. Und im Augenblick sind die Münchener Stadtväter dabei, ein Gelände für eine Trabantenstadt zu suchen. Man mocht sich Gedanken über die günstigste Entfernung solcher Trabanten vor der City, über das Ausmaß der Industrialisierung, die Organisation der Verwaltung oder die Verkehrsbindung zur Mutterstadt. Oft läßt sich dabei feststellen, daß der gleiche Name für recht verschiedene Vorstellungen gebraucht wird.

Vorweg ist zu sagen: eine Trabantenstadt ist nicht bloß eine Entlastungssiedlung. Sir William Holford, der Mann, der den Wiederaufbauplan für London entworfen hat und der von der brasilianischen Regierung bei der Planung der neuen brasilianischen Hauptstadt Brasilia mitten im Mato Grosso konsultiert wurde, nennt als wesentliche Merkmale einer Trabantenstadt einmal die "absolute Autonomie in bezug auf das tägliche Leben, die Arbeit und die Zerstreuung" und daneben "bequeme und rasche Bahn- und Autoverbindungen zur Mutterstadt, damit die Bürger der Trabantenstadt an allem teilhaben können, was nur eine Großstadt bieten kann".

Soweit das Idealbild einer Stadt, die die City der Metropole entlasten könnte. Und wie sieht es bei uns in der Praxis aus? Da ist zum Beispiel Langwasser bei Nürnberg, eine Satellitensiedlung für 40 000 Menschen, die auf dem ehemaligen Reichsparteitag-Gelände in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren entstehen soll. Mittelpunkt dieser Siedlung wird ein Büro- und Verwaltungsgebäude sein. Bei den Bauten denkt man an eine Mischung aus Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Einfamilienhäusern. Auch Geschäfte aller Art wird es eines Tages in Langwasser geben. Aber viele von den neuen Bürgern Langwassers dürften Pendler bleiben. Denn unter dem Planungsstichwort "Arbeitsstätten" findet man nur den Hinweis auf kleinere Gewerbe- und Industriebetriebe.

Hannover ist konsequent

Im Großraum Hannover ist man konsequenter. "Die Metropole muß unter allen Umständen entlastet werden", heißt hier die Parole. "Wir brauchen eine Arbeits- und Wohnstätte ohne dauernden starken Pendelverkehr nach Hannover". Eine solche Trabantenstadt darf natürlich nicht zu nahe an ihrer Mutterstadt liegen, kaum innerhalb des Burgfriedens der Stadt. Damit ist schon klar, daß sowohl bei der Planung als auch bei der Besiedlung einer solchen neuen Stadt benachbarte Gemeinden, Landkreise und Regierungsbezirke ein Wortchen mitzureden haben. Ja, es ist praktisch so, daß die Mutterstadt Millionen locker rachen müßte für den Bau von Wohnungen, die dann außerhalb ihres eigentlichen Lebensbereiches lägen. Und würde es, so fragen sich die Wohnungssachverständigen in München, nicht wieder darauf hinausgehen, daß die Trabantenstadt von Zuwanderern besiedelt würde und die Elendsquartiere in der Altstadt weiter bestehen blieben?

Deshalb machen die Münchener Stadtplaner jetzt Inventur auf der Liste der städtischen Äcker und Wälder in der unmittelbaren Umgebung der Millionenstadt. Eine Stadt für zunächst 30 000 Menschen soll es werden. Das Verlockende an einem solchen Projekt ist vor allem die Zusage des Wohnungsbauministers, unabhängig von den Geldern für den sozialen Wohnungsbau, die Spitzenfinanzierung aller Wohnungen in der Trabantenstadt zu übernehmen. Er kann das mit Hilfe des sogenannten Demonstrativprogramms, eines Fonds zur Förderung neuer Städte. Nach einer ersten Begeisterung über dieses großzügige Angebot wurde der Rechenstift angesetzt. Und man kam darauf, daß sich die Stadt eine gewaltige Aufgabe aufhale. Spitzenfinanzierung, das heißt im Durchschnitt 3 000 DM pro Wohnung, alles in allem vielleicht 30 Millionen DM aus Bonn. Die 10 000 Wohnungen in der Trabantenstadt dürften aber gut und gern 200 bis 220 Millionen DM verschlingen. Wer also, so lautet die nächste Frage, übernimmt den Rest (von Erschließungskosten ist dabei noch gar nicht die Rede)?

Satelliten können Eywannen werden

Dabei ist eine seltsame Erscheinung innerhalb unserer Großstädte bei der Planung von Trabanten bisher noch gar nicht scharf genug ins Auge gefaßt worden: Aus unklärlichen Gründen sind trotz der gewaltigen Ausdehnung unserer Städte und dem damit immer länger werdenden Weg zur City nur recht selten Geschäftszentren in den Außenbezirken, Kaufhäuser in großen Vororten oder kulturelle Schwerpunkte in dicht besiedelten Stadtrandgebieten entstanden. Der Sog der alten Stadtkerne ist groß. Und es besteht die Gefahr, daß er - unterstützt durch gute Verkehrsverbindungen - eines Tages auch über den Burgfrieden hinaus wirkt. Dann könnten die Trabantenstädte lediglich Siedlungen im Grünen werden, eine "Suburbs" nach amerikanischem Vorbild mit dem Zwang zum genormten Wohlbefinden oder - um ein modernes Schlagwort zu gebrauchen - mit der Tyrannei der frohen Nachbarschaft. Und das Pendlerproblem wäre schlimmer als zuvor.

Kommunalpolitische Rundschau

+ + +

Klares Nein zur Atomrüstung

sp - Die Strauss'schen Apostel für "psychologische Verteidigung" versuchen den Eindruck zu erwecken, als habe sich die deutsche Öffentlichkeit mit der Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen abgefunden. Sie wissen, dass sie sich selbst dabei betügen. Die Abneigung gegen die Durchführung des tödlichsten Experiments in der deutschen Geschichte hält unvermindert an.

Hierfür nur zwei Beispiele aus der letzten Zeit. Wir entnehmen die Angaben aus dem Organ der Industrie-Gewerkschaft Bergbau "Die Bergbau-industrie". Auf den beiden Gladbecker Hybernia-Schächtenlagen "Möller" und "Zweckel" hatten Befragungen der Belegschaften über die atomare Ausrüstung der Bundesrepublik stattgefunden. Die Anregung dazu kam aus der Belegschaft; vom Betriebsrat wurde sie einstimmig begrüßt.

Drei Fragen wurden für die Abstimmung gestellt:

1. Sind Sie für eine Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen?
2. Sind Sie für eine Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik?
3. Sind Sie für die Errichtung von Abschussbasen für Atomraketen im Gebiet der Bundesrepublik?

Die Ergebnisse dieser Fragen waren über Erwarten eindeutig. Auf den Möller-Schächten stimmten bei fast 95prozentiger Abstimmungsbeteiligung von 1299 Belegschaftsmitgliedern genau 1130 gegen die atomare Ausrüstung. Koch höher war der Anteil der "Nein"-Stimmen auf der Schächtenlage "Zweckel", wo 94,6 Prozent von 1460 abgegebenen Stimmen Atomwaffen für die Bundeswehr und in der Bundesrepublik ablehnten. Die Abstimmung, die vor den Schächten erfolgte, war geheim und wurde in Verbindung mit dem Komitee "Kampf dem Atomtod" durchgeführt.

Für Verteidigungsminister Strauss ist das Ergebnis dieser Abstimmungen gewiss keine frohe Botschaft, denn es zeigt, dass trotz grosser propagandistischer Beeinflussung durch die verschiedensten Kanäle und Tarnorganisationen in der Mehrheit unseres Volkes ein sicheres Gespür für die Grösse der Gefahr vorhanden ist, sollte Strauss mit seiner Atombewaffnung durchdringen. Die Bergarbeiter von Gladbeck handelten hier in Übereinstimmung mit dem erneuten Appell der Göttinger Professoren, von einem Experiment auf dem Gebiet der Bundesrepublik abzulassen, das für alle nur furchtbar enden kann.